

Laibacher Zeitung.

Nr. 259.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 11. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1871.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben folgende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Beust! Indem Ich Sie auf die Mir vorgetragene, durch Gesundheitsrückichten begründete Bitte von dem Amte eines Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern in Gnaden enthebe, spreche Ich Ihnen für die ausdauernde und selbstlose Hingebung, mit der Sie Ihren Pflichten obgelegen, Meinen aufrichtigen Dank aus und werde der Dienste nie vergessen, welche Sie in der fünfjährigen ereignisreichen Epoche Ihrer Wirksamkeit Mir, Meinem Hause und dem Staate geleistet haben.

Wien, 8. November 1871.

Franz Joseph m. p.

Lieber Graf Beust! In Anwendung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867, § 5, finde Ich Mich bestimmt, Sie als Mitglied auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrathes zu berufen.

Wien, 8. November 1871.

Franz Joseph m. p.

Solzgethan m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Journal-Stimmen über das k. Rescript.

Die ungarischen Journale beschäftigen sich mit dem kaiserlichen Rescripte an den böhmischen Landtag. Der „Pester Lloyd“ und das „Naplo“ erkennen die Nothwendigkeit desselben trotz aller Folgen an, aber der „Ung. Lloyd“ hebt den Widerspruch, der zwischen dem jüngsten Rescripte und dem vom 12. September liegt, hervor, findet, daß ein Ausgleich nicht denkbar und der Riß dadurch unheilbar geworden. Die „Reform“ ist der Ansicht, daß die Böhmen eigentlich gar keinen Grund haben, die Ausgleichsidee aufzugeben.

Der „P. U.“ schreibt: „Faßt man die inhaltliche Seite des Rescripts ins Auge, so bietet die Schale nach jeder Richtung hin einen trefflichen Kern. Zunächst ist mit klaren Worten gegen die Fundamentalartikel das gemeinsame Recht der Monarchie sichergestellt. Der Ausgleich mit Ungarn, alle Gesetze welche für die Gesamtmonarchie gelten, sind fertiges, vollendetes Recht und bedürfen keinerlei nachträglicher Anerkennung von Seite irgend eines staatsrechtlichen Factors, des ganzen staatsrechtlichen Primoriums nicht, welches die Fundamentalartikel mit so viel doctrinärem Pathos vortragen.“

In nicht minder klarer und entschiedener Weise aber als das Gesamtrecht der Monarchie ist das Verfassungsrecht Cisleithaniens von allen Zweifeln befreit, die das Rescript vom 12. September an dasselbe geheftet. Indem die staatsrechtliche Ordnung Cisleithaniens als bereits geregelt und feststehend bezeichnet wird, ist die Verfassung wieder in ihr Recht eingesetzt. Die Verfassung und das böhmische Staatsrecht sind nicht mehr die zwei gleichberechtigten Factoren jenes Rescripts, das heißt der ganze czechische Rechtsstandpunkt ist aufgehoben. Nicht die Verfassung soll nur so weit gelten, als sie mit dem böhmischen Staatsrechte vereinbar ist, sondern umgekehrt, dieses Staatsrecht hat von vorneher nur so viel Anspruch auf Anerkennung, als es nicht im Widerspruch mit der Verfassung ist. Und das ist die einzig richtige, die einzig mögliche Basis für die Action. Welche Resultate immer durch diese Action erzielt werden mögen, ihr Ausgangspunkt muß ein correcter, den Anforderungen der Verfassung entsprechender sein.“

„Naplo“ sagt: „Jetzt erst sehen wir in seiner ganzen Tiefe jenen Abgrund, an dessen Rand die Monarchie getrieben wurde, und die Dangerschärpe erscheint als vollkommen berechtigt, mit der wir die Entstehung des Hohenwart'schen Ministeriums und seine ganze Action betrachten. Das k. Rescript und das Memorandum Riger's lassen uns einen tiefen Blick thun in die Gesamtheit-Einzelheiten jener Action, die mit dem Sturze Hohenwarts geendet hat.“ „Naplo“ hält das sogenannte böhmische Staatsrecht dem ungarischen Staatsrechte gegenüber und betont, daß die Czechen, indem sie mit Umgehung des Reichsrathes zu ihren vermeintlichen Rechten

gelangen wollten, in diesem Falle die Inauguration des Absolutismus zugelassen hätten, des in den Mantel der Verfassung eingehüllten Absolutismus. Die Czechen sind so weit gegangen, daß ein Zurückkehren ohne große Krisen unmöglich wurde. „Vergessen wir nicht, sagt „Naplo“, was hätte geschehen können, wenn in dieser Action fortgefahren worden wäre. In Ungarn würde unbedingt die parlamentarische Regierung unmöglich gemacht worden sein, und was dem gefolgt wäre, das kann sich Jedermann denken.“

Der „Ung. Lloyd“ bestreitet, daß das zweite Rescript nur zur Ergänzung des ersten, falsch ausgelegten, gedient habe, und sagt: „Man kann den czechischen Blättern daraus keinen Vorwurf machen, daß sie die Rescripte vom 12. September und 30. October demonstrativ gegenüberstellen. Es ist ja so natürlich und menschlich, daß Derjenige, dem eine Zusage gemacht worden, im Augenblicke der Enttäuschung den Unterschied besonders hervorzuheben sucht, um seinem Vorwurfe eine Berechtigung zu verschaffen. Daß zwischen den beiden historischen Actenstücken ein gewaltiger Unterschied besteht, daß in dem einen die Rechte des Königreiches Böhmen fast bedingungslos anerkannt, im anderen dagegen als formell nicht zu Recht bestehend und nur unter bestimmten Voraussetzungen erreichbar erklärt sind, wird kaum bestritten werden. Bestände dieser Unterschied nicht und wäre das letzte Rescript nur die naturgemäße Ausweitung und Ergänzung des ersten, dann hätten ja die verfassungstreuen Organe Unrecht gehabt, als sie die pure Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes als Verfassungsbruch und revolutionäre That, als Staatsstreik und Reichspreludium bezeichneten.“

Mehrere andere ungarische Blätter argumentiren, wie folgt: „Wer auf einer soliden Rechtsbasis steht, der habe es nicht nötig, sich erst von höchster Stelle besondere Zusagen zu erbitten. Der ungarische Reichstag habe zu jeder Zeit offen seinen Standpunkt bezeichnet, ohne zu wissen, wie dies Oben gefallen werde. Die Czechen wollten hingegen nur dann in den Reichsrath eintreten, wenn die Krone ihnen vorerst den Ausgleich garantire. Dies sei der wundeste Punkt ihrer Politik gewesen, denn entweder ist Böhmen so unabhängig wie Ungarn, oder nicht. Wenn ja, dann haben sie ein Recht, mit der Krone sich in Separatabmachungen einzulassen; aber weshalb wollten sie doch in den Reichsrath? Wenn sie aber nur einen integrierenden Bestandtheil des Reichsrathes bilden, mit welchem Rechte können sie dann verlangen, daß die Krone mit ihnen allein verhandle? Das ist also nur das Verlangen nach dem absoluten Befehle der Krone. Das ist der Pferdefuß der Sache. Dieser Weg führt zu den Hinterthüren.“

Der „P. U.“ bemerkt weiter: „Es läßt sich darüber streiten, ob nach der Haltung des böhmischen Landtages, nach dieser Adresse und diesen Fundamentalartikeln ein Rescript überhaupt am Plage war, ob die Auflösung des Landtages nicht die einzige zu ertheilende Antwort hätte sein sollen. Aber diese Frage bei Seite gesetzt, können wir dem Rescripte unserer volle Anerkennung nicht versagen. Nicht bloß weil es Cisleithanien von einer Krise befreit hat, sondern daß es eine neue und solenne Sanction des bestehenden Verfassungsrechtes ist. In dem Passus über Ungarn erkennen wir die Hand des Grafen Andrassy, in jenem über cisleithanisches Verfassungs- und böhmisches Staatsrecht die Hand des Grafen Beust.“

Zum Schlusse hören wir noch eine russische Stimme, und zwar der „Wirzowia Wiedomosti“, das Organ jener Partei, welche das panslawistische Programm aufgestellt hat und dessen Verwirklichung mit allem Eifer anstrebt. Dieser Partei ist Oesterreich natürlich nicht ans Herz gewachsen, und sie würde dessen Zerfall ohne Thränen sehen; denn sie hofft, daß in diesem Falle Rußland unter die lachenden Erben gehören würde. Wenn das Organ dieser Partei seine Genugthuung ausspricht über das Scheitern des böhmischen Ausgleiches, so ist das ein Beweis, daß Oesterreich keinen Grund hat, sich darüber zu freuen. Und „Wirzowia Wiedomosti“ sind, wie wir aus dem uns nun vorliegenden Artikel sehen, wirklich erfreut, daß der Ausgleich in Brüche gegangen ist. „Um das Project“, heißt es darin, „wie es mit Hohenwart vereinbart wurde, darf uns nicht besonders leid sein. Wer weiß, ob der Verlust nicht größer gewesen wäre, als der Gewinn. Oder haben die Czechen den ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867 nicht anerkannt? Und ist das nicht so viel, als hätten sie, ein slavisches Volk, ihr „placet“ gegeben zur Hegemonie des magyarischen Elementes über die Serben, Croaten, Slavonier und Slovaken? Die Czechen hätten dadurch

in Ungarn solche Verhältnisse geschaffen, daß sie hernach, auch wenn sie es gewollt hätten, nicht im Stande gewesen wären, ihren unter den schweren Bedingungen der ungarischen Constitution lebenden Stammesgenossen zu helfen. Daß ihnen durch den Gang der Ereignisse dieser Weg verschlossen wurde, darüber können sie sich nur freuen. Die Magyaren haben sie selbst von allen Verpflichtungen befreit, und die Czechen können wieder wie früher in voller Uebereinstimmung handeln mit ihren slavischen Brüdern in ganz Oesterreich-Ungarn. Das streng historische Recht isolirt die Czechen. Jetzt wird ihre Thätigkeit dahin zielen, daß sie in ihren Bestrebungen sich auf die ganze compacte Masse des österreichisch-ungarischen Slaventhums stützen können. Durch die Allianz der slavischen Elemente, die jetzt, nachdem die Isolirung abgewendet wurde, eintreten muß, wird der Slavismus in Oesterreich-Ungarn die Oberhand gewinnen, und dann ist das Reich präparirt, eine Beute Rußlands zu werden.“

Bismarck und der deutsche Reichskriegsschatz.

Der deutsche Reichstag hat den Gesetzentwurf, betreffend die Bildung eines deutschen Reichskriegsschatzes angenommen. Aus der von Frankreich zu entrichtenden Kriegsschädigung soll nämlich der Betrag von 40 Millionen Thalern zur Bildung eines in gemünztem Gelde verwahrlich niederzulegenden Reichskriegsschatzes verwendet werden, über welchen nur zu Ausgaben für Zwecke der Mobilmachung und nur mittelst kaiserlicher Anordnung unter vorgängig oder nachträglich einzuholender Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages verfügt werden kann.

Fürst Bismarck setzte seine ganze Redekraft für das Zustandekommen dieses Gesetzes ein, indem er der Opposition in gediegener Rede folgende Motive entgegenstellte: „Ich kann es nicht für meine Aufgabe betrachten, auf eine Discussion von Argumenten einzugehen, welche meines Erachtens einem politischen Standpunkt entspringen, dessen Ziele und Bestrebungen mit denen, die mir zur Aufgabe gestellt sind, überhaupt nicht zusammenfallen — einem politischen Standpunkt, von dem ich nicht glauben kann, daß er sich gleich mir, und ich kann von vielen unter uns sagen, gleich uns, die Aufgabe stellt, das Deutsche Reich zu consolidiren und für seine Sicherheit zu sorgen. Ich wende mich deshalb nur zu einigen Argumenten, die der Abg. v. Hoverbeck geltend gemacht hat gegen die Vorlage, und übergehe das, was wir sonst gehört haben, mit Stillschweigen. Ueber die Möglichkeit eines Staatsschatzes überhaupt hier noch zu sprechen, betrachte ich nicht für meine Aufgabe, nachdem die Ereignisse dieses und des vorigen Jahres meines Erachtens lauter, bereiter, überzeugender dafür gesprochen haben, als irgend jemand hier in der Versammlung es im Stande sein würde. Ich will bloß die Thatfache hervorheben, daß, wenn wir den Staatsschatz nicht gehabt hätten — mein College, der Herr Finanzminister deutete dies in der letzten Sitzung bereits an, — wir positiv nicht im Stande gewesen sein würden, die paar Tage zu gewinnen, welche hinreichten, das gesammte linke Rheinufer, sowohl das bairische als das preussische, vor der französischen Armee zu schützen. Hätten wir den Staatsschatz nicht gehabt, so fing der Krieg am Rhein an; wir hätten aus den Rheinfestungen debouchiren und den Franzosen das Rheinufer, das sie möglicherweise überschritten hätten, vielleicht bis Frankfurt wieder abnehmen müssen, nachdem sie Zeit genug gehabt, dort ihre Turcos und sonstiges Gefindel hausen zu lassen.“

Ich gehe also auf die Frage der Möglichkeit des Reichsschatzes hier weiter nicht ein, und wende mich gegen einige, wie ich glaube, irrthümlichen Auffassungen, die der Abgeordnete v. Hoverbeck seiner Argumentation zu Grunde gelegt hat. Er hat die Frage gestellt: was denn nun die Folge sein würde, wenn der Reichstag nachträglich seine Genehmigung factisch versage? Ich halte diese Frage nicht für praktischer Natur. Ich glaube nicht und kann mir nicht denken, daß ein Krieg erklärt und geführt werden könnte, bei welchem zur bloßen Mobilmachung der Staatsschatz verwendet würde, und wo dann nachher die Beschaffung der Geldmittel, auf welche das Reich angewiesen ist, von dem Reichstag abgelehnt würde; daß ein Krieg geführt werden könnte, wenn der Reichstag die Geldmittel ablehnt, die zu seiner Führung nothwendig sind. Derselbe Reichstag aber, der die nachträgliche Genehmigung zur Verwendung des Staatsschatzes versagt, würde auch die zum Kriege nothwendige Anleihe nicht bewilligen, und ich habe noch niemals eine Be-

hauptung hier gehört, welche die Befürchtung des Abgeordneten für gerechtfertigt erscheinen ließe, daß die verbündeten Regierungen sich befugt glaubten, das Reich mit Anleihen zu belasten, ohne Genehmigung des Reichstages. Ich halte also die Befürchtung für unbegründet und die Frage für nicht praktisch. Es wäre allenfalls an eine Mobilisirung zur Demonstration zu denken. Dazu könnte vielleicht einmal der Reichskriegsschatz hinreichen. Ich glaube aber: die Mobilmachung zum Zweck der Demonstration hat sich in den letzten zehn Jahren so ziemlich abgenutzt. Man macht nicht mehr mobil, wenn man nicht weiß und die politische Ueberzeugung hat, daß losgeschlagen werden muß. Der Abgeordnete v. Hoyerstedt hat sich ferner darüber beschwert, daß der Reichstag nicht mehr gleichberechtigt sei mit dem Bundesrath in Beziehung auf die Kriegserklärung. Ich habe nicht gefürchtet, daß die starke Bürgschaft der Friedfertigkeit des deutschen Kaiserthums, die darin liegt, daß der Kaiser das Recht der Kriegserklärung nur in dem Fall eines Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten, ohne Jemand zu fragen, anwenden kann, dagegen sonst die Zustimmung des Bundesraths erforderlich ist, daß diese starke Bürgschaft zum Argument gegen uns angewendet werden würde, in der Voraussetzung, daß hier eine leichtfertige Kriegserklärung erfolgen könnte. Eben in der v. r. fassungsmäßig erforderlichen Zustimmung des Bundesraths liegt eine Bürgschaft. Aber diese Berechtigung des Bundesraths steht noch lange nicht auf gleicher Linie mit der Berechtigung, welche der Abgeordnete v. Hoyerstedt für den Reichstag verlangt. Der Bundesrath kann nicht die Mobilmachung verhindern, er kann nur die Kriegserklärung unmöglich machen. Die Vorbereitungen für einen vom Kaiser für nothwendig erachteten Krieg, die kann der Bundesrath nicht hindern, nur für den Fall einer wirklichen Kriegserklärung, wenn es nicht etwa ein Verteidigungskrieg ist, den kann er hindern. Das ist die Berechtigung des Bundesraths. Es würde deshalb für den Reichstag ein sehr viel weiter gehendes Recht in Anspruch genommen, wenn von demselben für die Mobilmachung die Verwendung des Reichskriegsschatzes ausgeschlossen werden kann.

Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß diese hohe Versammlung öffentlich verhandelt, und daß dagegen im Bundesrath die Nothwendigkeit der Kriegserklärung discutirt werden kann, ohne daß die Deffentlichkeit die Räume des Verwaltungsressorts überschreitet, wo Alle das Interesse zu schweigen haben, und Zuhörer, die kein Interesse daran zu haben brauchen, nicht zulässig sind. Das ist ein sehr bedeutender Unterschied. Der Bundesrath ist in dieser Beziehung nur ein sehr erweitertes Cabinet, das groß oder klein sein kann, und in dieser Versammlung wird discutirt, in der sicheren Ueberzeugung, daß die Discussion geheim bleibt, und daß diese ganze schwierige und gefährliche Operation der Politik kurz vor Ausbruch eines Krieges, der noch verhindert werden kann, nicht durch eine öffentliche Darlegung und Discutirung der Frage gelähmt wird, und dadurch, daß die Regierung in die Lage kommt, zu glauben, Krieg führen zu müssen oder angegriffen zu werden. Ich glaube, Sie würden eine Regierung, die das thäte und die dadurch das Interesse des Landes gefährdete, selbst wenn der Urheber dieser Theorie, der Herr Abgeordnete, das Heft in Händen hätte, doch nicht lang über sich dulden und würden das als eine zu gefährliche Deffentlichkeit finden. Der Herr Abgeordnete hat dann die Theorie eines Angriffskrieges zum Behufe der Verteidigung in Zweifel gezogen. Ich glaube, daß eine solche Verteidigung durch den Vorstoß doch eine sehr häufige und in den meisten Fällen die wirksamste ist, und daß es für ein Land von einer solchen centralen Lage in Europa, das 3—4 Grenzen hat, wo es angegriffen werden kann, sehr nützlich ist, dem Beispiele Friedrich des Großen vor dem siebenjährigen Kriege zu folgen, der nicht wartete, bis das Neg, das ihn umspinnen sollte, ihm über den Kopf wuchs, sondern mit raschem Vorstoß es zerriß. Ich glaube, daß diejenigen auf eine ungeschickte und schwer zu verantwortende Politik rechnen, die annehmen, daß das deutsche Reich unter Umständen in der Lage sei, einen Angriff, der gegen dieses Reich geplant wäre, vielleicht von übermächtigen Coalitionen, vielleicht nur von Einzelnen, ruhig abzuwarten, bis dem Gegner der bequemste und passendste Augenblick, den Schlag zu führen, gekommen zu sein scheint. In solcher Lage ist es die Pflicht der Regierung, und die Nation darf mit Recht von der Regierung fordern, daß, wenn wirklich der Krieg nicht vermieden werden kann, die Regierung auch den richtigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er für das Land, für die Nation mit den geringsten Opfern geführt werden kann. (Beifall.) Ich könnte Ihnen directe Beispiele anführen, wo es für den preussischen Staat auch nicht rathsam gewesen wäre, die volle Rüstung seiner Gegner, die volle Verwirklichung aller ihrer Pläne abzuwarten, sondern wo ein längeres Zuwarten dem Lande sehr große Opfer und vielleicht die Niederlage gebracht hätte. Wenn ich in amtlicher Stellung noch eine andere Frage des Abg. v. Hoyerstedt zu beantworten habe, so wird es die sein: was die Regierung von dem Schicksale des Gesetzes hält, falls ein solches Amendement, wie das des Abg. v. Hoyerstedt, in dasselbe hineingebracht würde. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß in diesem Fall das Gesetz für die verbündeten Regierungen nicht mehr annehmbar, und daß sie alsdann in der bedauer-

lichen Lage sein würden, von der preussischen Regierung zu hoffen und zu erwarten; daß sie ihrerseits an dem Bestande des preussischen Kriegsschatzes festhalten wird, bis ihnen von Seiten des Reichstages für den Fall eines Krieges durch einen eigenen Kriegsschatz Ersatz geleistet würde."

Politische Uebersicht.

Reibach, 10. November.

Die „A. Allg. Ztg.“ widmet dem Rücktritte des Grafen Beust, dieses großen Staatsmannes, bereits unterm 8. d. M. — daher am Tage des Allerhöchsten Handschreibens — folgenden Nachruf: „Nicht ohne Staunen und Ueberraschung wird Europa die Kunde von dem Rücktritte des Grafen Beust vernehmen, der in einem Momente erfolgt, in welchem seine Principien den vollen Sieg errungen zu haben schienen. Graf Beust übergibt in den allernächsten Tagen sein Portefeuille dem bisherigen ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Andrassy, an dessen Stelle Graf von Hay tritt. Die Umstände, welche diesen plötzlichen Umschwung herbeigeführt haben, sind in ein tiefes Geheimniß gehüllt. Es läge nahe, dabei an eine Befestigung der staatsrechtlichen Opposition in Böhmen zu denken, der man ein Opfer zu bringen sich entschlossen hätte; aber dieser Annahme widerstreitet, daß Graf Andrassy den Czeden nicht minder verhaßt ist, als Graf Beust. So sucht man vergeblich die Namenschrift dieses Ereignisses zu enträthseln, desto gewaltiger und bedeutender wirkt es als solches. Der Rücktritt des Schöpfers des dualistischen Principes in Oesterreich, des Verteidigers der vorjährigen Neutralität, des Verfassers der Depesche vom 26. December 1870 und des Herbeiführers der Begegnungen von Jschl, Salzburg und Gastein, des Besiegters des Ministeriums Hohenwart muß selbstverständlich als eine Thatsache ersten Ranges betrachtet werden. Welches ihre innere Bedeutung ist, kann allerdings erst die Zukunft herausstellen. Aber man überschätzt diese Bedeutung sicher nicht, wenn man sie als eine sehr ernste, in mehr als einer Richtung vielleicht entscheidende für die fernere Entwicklung Oesterreich-Ungarns betrachtet.“

Bei der am 8. d. in Pest abgehaltenen Conferenz der Deak-Partei waren sämtliche Minister mit Ausnahme Andrassy's bis zum Schlusse anwesend. Der Minister des Innern legte hierbei die beiden Gesetzentwürfe bezüglich der Wahlreform und der Reorganisation der Hauptstädte vor und entwickelte in anderthalbstündiger Rede die Grundideen beider Entwürfe. Die Partei fand sich durch die Vorlagen, wie der „Pester Lloyd“ meldet, sehr befriedigt. — In der Sitzung der ständigen Finanzcommission des Unterhauses, welche der um sechs Uhr stattfindenden Conferenz der Deak-Partei halber nur kurze Zeit währte, wurde die Bedeckung des ungefähren 42,300.000 fl. betragenden Deficits endgiltig festgestellt. Wie der Finanzminister erklärt, wären ungefähr 20 Millionen Gulden für die präliminirten Bauten aus dem 30-Millionen-Anleihen zu verwenden; die weiteren ungefähr 23 Millionen Gulden aber wären theils durch Begebung von auf die hypothecirten Steuerrückstände zu emittirenden Schatzscheinen, theils durch eine auf Grundlage der schon in den Händen des Finanzministers befindlichen Werthe, als Theil-Bahnactien, und der vom gemeinsamen Finanzminister demnächst einzuliefernden Werthe (Kaschau-Doerberger-Actien u. s. w.) zu realisirende Creditoperation zu bedecken. Ungefähr 2 Millionen Gulden endlich wären auch aus der Veräußerung einiger in Pest-Ofen befindlichen Aerialgrundstücke zu gewärtigen. Die Commission nahm diese Erklärungen genehmigend an und wird in der nächsten Sitzung die Details der in den allgemeinen Bericht aufzunehmenden Grundsätze feststellen.

Die „Provinzial-Correspondenz“ hebt hervor, in einem Artikel, betitelt: „Mecklenburg und das Reich“, man dürfe bei dem aufrichtigen Bestreben der mecklenburgischen Regierung und Stände vertrauen, daß es eines moralischen Druckes nicht bedarf, um zu einem gedeihlichen Ziele zu gelangen und den inneren Frieden wieder herzustellen. — Dasselbe Blatt erwähnt die angebahnte befriedigende Regelung der rumänischen Eisenbahnangelegenheit. Es erscheine nothwendig, die Inhaber der Obligationen aufmerksam zu machen, daß der dargebotene Weg allein geeignet sein dürfte, wenigstens den größeren Theil des Besitzes zu retten, daß sie sich daher beeilen mögen, denselben vor dem Ablauf des Termins am 12. November zu betreten. — Der deutsche Reichstag hat den Antrag Bünings betreffs Einführung von Volksvertretungen in den Bundesstaaten in dritter Berathung mit großer Majorität angenommen.

Officiöse Berliner Correspondenten erteilen die Versicherung, daß der Feldzug gegen die Internationale noch keineswegs aufgegeben wurde. Man möge sich nur ein wenig gedulden, und die Thätigkeit der Diplomatie auf diesem Felde werde bald in rechtem Lichte strahlen. Ursprünglich sollte das diplomatische Tribunal gegen die Socialdemokraten in Dresden zusammentreten, jetzt hat man aber einen anderen Ort im Sinne.

Der „Gaulois“ weiß noch zu melden, daß die Ernennung des Grafen v. Arnim zum preussischen Botschafter in Paris definitiv und officiell sei. Er wird

sich im Gesandtschaftshotel Rue de Ville installieren. Der erste Secretär, Baron von Holstein, ist gebeten worden, sich nach einer anderen Wohnung umzusehen.

Das „Journal des Debats“ hatte mitgetheilt, daß dem Finanzminister von einigen Speculanten eine beträchtliche Summe Silbergeldes zum Kauf angeboten war und daß dieser, um die Speculation nicht zu ermuntern, dieses Angebot abgelehnt habe. Der „Constitutionnel“ bringt nun folgende Einzelheiten über dieses Geschäft: Ein Anerbieten für hundert Millionen Scheidemünze von Zehn-Francs-Stücken bis zu 50-Cent.-Stücken herab, von denen je 25 Millionen per Woche lieferbar sein sollten, ist allerdings dem Präsidenten der Republik gemacht worden, der dasselbe dem Finanzminister überwiesen habe. Als Gegenleistung ist verlangt worden die Ueberlassung von 100 Millionen Schatzbons, die in zwei Jahren fällig und mit 6 Perc. verzinslich seien. Außerdem hat man noch 2 Perc. Commission beansprucht. Der „Constitutionnel“ tadelt die Regierung ob ihrer Weigerung, sich dieser Offerte zu bedienen, da unter den 100 Millionen sich 65 Millionen Fünf-Francs-Stücke befunden hätten, von denen der Minister gewußt habe, daß sie nicht aus Frankreich stammten.

Das „Journal des Debats“ hält die Lage der Bank von Frankreich für äußerst ernst und verlangt, um der Gefahr vorzubeugen, man solle sofort dieselbe ermächtigen, 300 Millionen Bankscheine mehr (3 Milliarden statt 2700 Millionen) auszugeben. Das genannte Blatt will, daß die Regierung diese Ermächtigung mit Umgehung der Nationalversammlung erteile und sich mit der Zustimmung der permanenten parlamentarischen Commission begnüge. Diezu sei es noch nicht zu spät und die 300 Millionen würden bis zum Monat December genügen, wo die Versammlung wieder zusammentreten würde. „Man muß sich beeilen“, heißt es am Schlusse des Artikels, — „denn die Krisen warten nicht und zuweilen ist ein Verschieben von einigen Tagen hinreichend, um dieselben so zu erschweren, daß nicht mehr zu helfen ist.“

Das Ministerium Gladstone hat einen neuen großen Sieg errungen. In einer zu London abgehaltenen Volksversammlung, an der die meisten Chiefs der ultraradicalen Bewegung theilnahmen, wurde die jüngste Rede des Premierministers besprochen und ein in den wärmsten Ausdrücken abgefaßtes Vertrauensvotum beschloffen. Die Resolution erklärt, daß Gladstone der praktischste und patriotischste Minister seiner Zeit sei. Ein Amen-dement, welches den Minister aufforderte, seine Collegen durch dem Volke sympathischere Männer zu ersetzen, wurde mit großer Majorität verworfen.

„Dziennik polski“ constatirt, daß die jüngst aufgetauchten Gerüchte über angebliche Rüstungen Rußlands absichtlich erfunden wurden, um so für die czechische Slavisirung Oesterreichs Propaganda zu machen. Rußland hat seine „Flottille“ im Schwarzen Meere zum Rang einer „Flotte“ erhoben. Der bisherige Commandant v. Nikolajew wurde zum Flottencommandanten im Schwarzen Meer ernannt.

In Bern hat am 7. d. die Eröffnung der Bundesversammlung stattgefunden, und am selben Tage begann auch schon die Berathung der Verfassungsrevision, die bekanntlich im centralistischen Sinne beabsichtigt wird. Die Eröffnungsreden der Präsidenten beider Häuser, des Nationalrathes sowohl wie des Ständerathes, beschäftigten sich vorwiegend mit der auf besagte Revision bezüglichen Vorlage und hoben die hohe Wichtigkeit derselben hervor.

Aus Rom wird der „Gazetta d'Italia“ geschrieben, daß Pius IX. den festen Entschluß gefaßt habe, Rom zu verlassen, falls das Parlament das Gesetz über die Aufhebung der religiösen Körperschaften votiren sollte. — Die Repräsentanten der religiösen Orden haben an die beim heiligen Stuhle beglaubigten Gesandten eine Petition gerichtet, in welcher sie gegen die Ungerechtigkeiten der italienischen Regierung feierlichen Protest erheben und den Schutz der von den Gesandten vertretenen Mächte für das Eigenthum der Orden und die Rechte der Glieder derselben anflehen.

Im Staate New-York siegten die Republikaner bei den Wahlen der Staatsbeamten mit einer Majorität von 30.000 Stimmen. Die Majorität der Republikaner wählte das ehemalige Congressmitglied Washburn, Bruder des Gesandten in Paris, zum Gouverneur. In Massachusetts siegten gleichfalls die Republikaner mit einer Majorität von 25.000 Stimmen; im Vorjahre betrug die Majorität 9000 Stimmen. In New-Jersey wählten die Republikaner mit 5000 Stimmen Majorität Fanchied wieder zum Gouverneur. In Maryland wurde Whyte, Demokrat, zum Gouverneur erwählt. Die Republikaner behaupten die Majorität in den Legislativen von New-Jersey und Minnesotta.

Weltausstellung 1873.

Auf die an das Ausland ergangenen Einladungen zur Theilnahme an der Ausstellung sind weitere entgegenkommende Erklärungen eingelangt aus München, Bern, Constantinopel, Florenz, Haag, Liverpool, London, Karlsruhe, Mannheim, Petersburg und Washington. Von Seite des Sultans ist ein neuerlicher Vorbereitung zur Ausstellung anordnender Befehl ergangen. Auch die englischen Colonien lassen eine Theil-

hafte Theiligung erwarten. Die erforderlichen Schritte in dieser Richtung sind zunächst bezüglich Britisch-Indiens eingeleitet. Von Seite der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die freundschaftlichen Zusicherungen erfolgt. Dieselbe wird in Bälde von dem Congresse die Bewilligung der Gelder verlangen, welche zur Deckung der Kosten für die Theiligung der Vereinigten Staaten an der Ausstellung erforderlich sind. Die russische Regierung hat sich gleichfalls nicht damit begnügt, die Erklärung abzugeben, daß Rußland auf der Weltausstellung 1873 reicher als auf den bisherigen Ausstellungen vertreten sein und mit den Hauptzweigen seiner Industrie erscheinen werde, sondern der Staatssecretär Herr v. Reutern hat sich bereits nach Moskau, als der Hauptmanufacturstadt Rußlands, gewendet, um sich mit den dortigen Industriellen wegen Besichtigung der Ausstellung ins Einvernehmen zu setzen.

Aus den verschiedensten Industriebezirken langen, obgleich die Anmeldungen bekanntlich bei den Localcommissionen zu geschehen haben werden, vorläufige Ankündigungen von Ausstellungsgegenständen ein, meist solche, die auf neuen, erst seit der letzten Weltausstellung gemachten Erfindungen beruhen. So wird von dem Professor C. Wopp an der königl. Baugewerbeschule in Stuttgart ein von ihm entworfener und von dem Mechaniker Franz Eichberger in Stuttgart ausgeführter verbesserter Bligableiter angekündigt, der, namentlich was das Material und die Schweißung der Anschlüsse und Auffangstrangen anbelangt, einen wesentlichen Fortschritt gegen die bisherigen Methoden der Bligableiteranfertigung aufweisen soll.

In Italien nimmt sich die Presse der Ausstellung eifrigst an. Der in Rom erscheinende „Economista d'Italia“ läßt in seiner Nummer vom 22. October einem früheren Aufsatz über die Ausstellung einen zweiten ausführlicheren folgen, in welchem er auf die Nothwendigkeit hinweist, daß Italien als Vermittler des Handels mit dem Oriente die Wiener Weltausstellung reich beschicken und auf derselben mit seinen besten Erzeugnissen erscheinen müsse. Die erwähnte Zeitschrift eröffnet gleichzeitig eine stehende Rubrik für die officiellen auf die Ausstellung bezüglichen Rundmachungen, für die Publicationen der italienischen Ausstellungscommission und den Verkehr derselben mit den Ausstellern.

Die gelegentlich der Eröffnung des Museums für Kunst und Industrie aus Berlin nach Wien gekommene Deputation, bestehend aus den Herren Karl Grunow, Director des deutschen Gewerbemuseums in Berlin, L. Sußmann-Hellborn, Louis Ravené und Lehfeld, die sämtlich als Jurors oder Berichterstatter bei früheren Ausstellungen theilgenommen, haben ihre Anwesenheit benützt, sich über die Weltausstellungsarbeiten zu informieren. Dieselben haben im Ausstellungsbureau von allen Plänen Einsicht und dann auch im Prater die Arbeiten in Augenschein genommen, um, vollkommen informiert, in ihrer Heimat für die Besichtigung der Ausstellung wirken zu können. — Mr. Scott Russell ist nach längerem Aufenthalte in Wien dieser Tage wieder nach England zurückgekehrt.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchste Spenden.) Se. Majestät der Kaiser haben dem mährischen Seidenbauvereine eine Unterstützung von 50 fl., und Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Militärveteranenvereine zu Bruck an der Mur, dessen Fahnenmutter Allerhöchstdieselbe sind, ein prächtiges Fahnenband gespendet, das am 4. d. M. dort einlangte. Anfangs December wird die Fahnenweihe stattfinden und Frau Gräfin Better Ihre Majestät die Kaiserin vertreten.

— (Einführung von Blanketten zu Zinsenquittungen für Obligationen auf Namen der einheitlichen Schuld.) Zur Vereinfachung der Manipulation und der Controle einerseits, zur Erleichterung für die Parteien andererseits hat das k. k. Finanzministerium beschlossen, Blankette zu Quittungen über Zinsen von auf Namen lautenden Obligationen der einheitlichen Staatsschuld in Druck legen zu lassen und dieselben den betreffenden Parteien in beliebiger Anzahl gegen eine Vergütung von einem halben Kreuzer per Stück bei der Staatsschuldenkasse und den anderen mit der Zahlung solcher Zinsenquittungen betrauten Kassen und Aemtern zur Verfügung zu stellen.

— (Decennalzulage der Finanzwachmannschaft.) Ueber eine Anfrage wurde erklärt, daß die Decennalzulage, welche kraft § 26 der Grundsätze zur Reorganisation und Regelung der Gebühren der Finanzwache vom 2. Mai 1869 den Mannschaftsindividuen nach je zehn Jahren ihrer in einer und derselben Charge zugebrachten Dienstzeit bei dem Vorhandensein gewisser Bedingungen bewilligt wird, von jenem Lohnungstage an zu erfolgen ist, welcher zunächst auf den Tag der Bewilligung folgt.

— (Die Bewegung der Altkatholiken.) Das Interesse, welches die Bevölkerung Wiens an dem Altkatholicismus nimmt, scheint ein sehr geringes zu sein, denn die erste vorbereitende Altkatholiken-Versammlung in Wien war am 6. d. von — 40, schreibe vierzig Personen besucht. Die Versammlung wurde mit der Bekanntgabe eröffnet, daß es sich um Beschaffung der Geldmittel zur Vertheilung der gemeinsamen Auslagen, zur Befoldung eines Priesters n. s. w. handle, zu welchem Zwecke Mitglieder-

karten hinausgegeben werden, womit der Wunsch ausgedrückt wird, daß die beitretenden Mitglieder einen ihren Vermögensverhältnissen entsprechenden freiwilligen Beitrag leisten möchten. Pfarrer Alois Anton schilderte die Organisation der altkatholischen Gemeinden. Die Organisation erfolgt folgendermaßen: Zuerst bildet sich die Gemeinde und diese wählt sich dann aus ihrer Mitte den Kirchenverwaltungsrath, welchem die Verwaltung des Kirchenvermögens obliegt, welchem Rath der Pfarrer und in weiterer Ausdehnung auch der Bischof untersteht. Die kirchlichen Functionen des Priesters sollen gebührenfrei geschehen, darum müssen unbedingt alle Stollagegebühren aufhören. Es sei aber ein Gebot der Billigkeit, daß jeder Priester auch sein anständiges Jahreseinkommen zugesichert erhalte. Was die Abschaffung der eingerissenen Mißbräuche, die Einführung notwendiger Reformen in der Kirche anbelangt, z. B. Festsetzung der Messe in deutscher, resp. in der Landessprache, Aufhebung des Beichtzwanges und des naturwidrigen Ehelosigkeitszwanges der Priester u. s. w., so wird darüber die nächste Synode zu entscheiden haben, welche von Laien besetzt werden wird. Es erfolgte nun die Vertheilung der Mitgliederarten für Wien und sämtliche Vororte. Derartige Karten werden nur an solche Katholiken hinausgegeben, welche offen erklären, daß sie an die Unfehlbarkeit des Papstes nicht glauben, im Uebrigen aber gute Katholiken bleiben wollen.

— (Zur Kohlenfrage.) Jedenfalls kann man es nur willkommen heißen, daß die Kohlenfrage einer möglichst vielseitigen öffentlichen Discussion unterworfen wird, obwohl das Endresultat nicht anders ausfallen kann, als daß unsere Kohlenproduction weit hinter der Nachfrage zurückgeblieben ist, und daß die Abhilfe nur durch eine entsprechende Förderung des Bergwerkscredits und durch die Begünstigung des Heranzuges und der Heranbildung von Arbeitskräften stattfindet. Der Prager Platz wird allerdings keine Kohlennoth haben; aber auch nicht weniger als einen Ueberfluß. Dagegen scheint man in Norddeutschland die Kohlennoth schon jetzt zu befürchten, da, trotz der zahlreichen und bedeutenden Bezugsquellen, welche dem dortigen Kohlenmarkt zu Gebote stehen, vor Kurzem von dort aus eine Nachfrage an den Prager Verschleißverein ergangen ist, ob von ihm Kohlen nach Norddeutschland abgegeben werden könnten. Die Antwort lautete verneinend, da der Prager Verein gerade nur im Stande wäre, seinen eigenen Markt zufrieden zu stellen. Durch die bisherige Nachfrage hat er sich übrigens veranlaßt gesehen, seine Preise zu erhöhen, und zwar den der Stückkohle um 4 kr. und den der Würfelkohle um 3 kr.

— (Die Effecten der Familie Napoleons) werden in Paris nach der „Fr. Ztg.“ um enorm hohe Preise verkauft. Da sind Damen, welche um jeden Preis etwas kaufen wollen, was der schönen Kaiserin oder dem lieben kleinen Prinzen zum persönlichen Gebrauch gedient! So kauft ein alter Capitän mit grauem Bart ein Duzend Handtücher, weil er glaubt, daß sein Kaiser selbst sich ihrer bedient hat. Das Tischzeug aus dem Schlosse zu Compiègne wurde zu ganz unglaublich hohen Preisen verkauft; ein Los erlangte ein bekannter Schriftsteller, der mehr als einmal als Gast in Compiègne gewesen und dem Kaiser auch im Unglück treu geblieben. Die Bettwäsche des kleinen Prinzen kaufte eine englische Dame. Die Betttücher der Kaiserin, obwohl 4 Metres breit, waren doch so fein, daß sie sich bequem durch einen Serviettenring ziehen ließen. Auch die Spielsachen des kaiserlichen Prinzen wurden sehr theuer verkauft, darunter das Velocipède, welches ihm einst König Alphonse XII. von Spanien geschenkt. Eine kleine Dampfmaschine, mit welcher der Prinz druckte, hat ein Pariser Buchdrucker gekauft. Die Schulbücher des Prinzen fanden ebenfalls Abnehmer. Die kostbarsten Spielwaaren hatte er erhalten, besonders von verschiedenen Präfecten, vom Vicekönig von Egypten, aus seiner Familie fast nur von der Prinzessin Mathilde. Auch die Livreen der kaiserlichen Dienerschaft kommen zum Verkauf, sie haben keine Taschen; wer in seinen Kleidern eine Tasche hatte, war schon deshalb des Diebstahls verdächtig.

— (Schreckliches Unglück.) Man schreibt aus Macao vom 13. September über einen Orcan, welcher dort gehaust hatte: „Mehr als 200 Häuser sind zerstört; 30 Pagoden, in welche 100 Chinesen sich geflüchtet, sind zusammengestürzt. 200 Schiffe, darunter mehrere holländische Rauffahrer, haben Schiffbruch gelitten. Eine portugiesische Kriegscorvette ist stark beschädigt worden. Man zählt nicht weniger als 2000 Opfer.“

Locales.

Aus der Gemeinderathssitzung vom 10. November.

Gegenwärtig: Bürgermeister Deschmann als Vorsitzender, 19 Gemeinderäthe und der Schriftführer.

1. Der Schriftführer verliest das Gemeinderathssitzungsprotokoll vom 13. v. M.; dasselbe wird genehmigt und verificirt.

2. Der Vorsitzende theilt mit, daß die neu eingerichtete Cimentirungsanstalt zur Ansicht bereit steht.

3. Der Vorsitzende zeigt an, daß das städtische Pflastermauthgesälle auf weitere drei Jahre zur Verpachtung gelangen wird.

4. Bevor zur Tagesordnung geschritten wird, ergreift SM. Dr. Suppan das Wort, illustriert die Verdienste des zurückgetretenen Reichsanzlers Grafen Beust, die er

sich um die Erhaltung des Friedens, um die Zurückweisung föderalistischer Zwecke im vollsten Maße erworben und theilhaftig den innigsten Dank von Seite der verfassungstreuen Bevölkerung Oesterreichs verdient hat, und schließt mit dem Antrage: der Gemeinderath der Landeshauptstadt Laibach wolle dem Reichsanzler Friedrich Grafen Beust das Ehrenbürgerrecht der Landeshauptstadt Laibach verleihen, welcher Antrag mit Acclamation genehmigt wird. Der Vorsitzende setzt Se. Excellenz Grafen Beust von diesem Gemeinderathsbeschlusse sogleich mittelst Telegramm in Kenntniß.

5. Der Vorsitzende beantwortet die Interpellation des SM. Pirker in Betreff der Verwendung der zur Anschaffung von Lehrmitteln angewiesenen Dotation pr. 70 fl. dahin, daß er hierüber sich informieren und sodann Mittheilung machen werde.

6. SM. Dr. Ritter v. Kallenegger beleuchtet in umfassender Weise die zwischen dem von dem Gemeinderath und jenem vom Krainer Landesausschusse ausgearbeiteten neuen Gemeindestatutentwürfe bestehenden, die Autonomie der Stadtgemeinde Laibach wesentlich schwächenden Differenzen. Ueber Antrag der Rechtssection beschließt der Gemeinderath: es sei die hohe Regierung zu bitten, daß dem vom krainischen Landesausschusse ausgearbeiteten Gemeindestatute die a. h. Sanction nicht ertheilt werden wolle.

7. Ueber Antrag der Rechtssection Behufs der Organisation der Schulschäfte genehmigt der Gemeinderath: daß vorläufig ein Kanzlist angestellt werde und dem Gemeinderath statistische Daten über den Umfang des Schulschäftes vorgelegt werden.

8. Ueber Antrag der Finanz-Section genehmigt der Gemeinderath den Verkauf der Suppangrundstücke (mit Ausnahme der Weichelparzellen) im Schätzwerte von 3600 fl.; weiter genehmigt der Gemeinderath die Vorarbeiten in Betreff der zu veräußernden 130 $\frac{1}{4}$ Joch messenden Wiese im Werthe von 13075 fl.

9. Ueber Antrag der Finanzsection genehmigt der Gemeinderath den zwischen der D. R. D. Komenda und Antiaro projectirten Grundtausch in Betreff des zwischen der Triesterstraße und der Eisenbahn-AREA zu eröffnenden Baues der k. k. Tabakfabrik mit Rücksicht auf die von der Stadtgemeinde Laibach hiezu gewidmete AREA.

10. Ueber Antrag der Finanzsection beschließt der Gemeinderath, daß der projectirte Schulbau in der Erwägung, als das beantragte Lotterielehen nicht genehmigt wurde, und die Frage wegen Aufhebung erhöhter Zinskreuzer derzeit eine noch ungelöste ist, zu unterbleiben habe. Die Landeschulbehörde ist von diesem Beschlusse durch das Gemeinderathspräsidium in Kenntniß zu setzen.

11. Ueber Antrag der Finanzsection beschließt der Gemeinderath, daß die Fleischhütte am Brodplatz nicht zu verkaufen sei und die angesuchte Abtretung eines städtischen Grundtheiles nächst dem Schwarz'schen Hause in der Polana nicht erfolgen solle.

12. Die Auszahlung der an die Stadtwache in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. erfolgten Taglöhne pr. 21 fl. Dest. W. wird über Antrag der Finanzsection genehmigt.

13. Der Gemeinderath genehmigt über Antrag der Finanzsection die Auszahlung der Kanzleikosten pro Juli, August und September l. J. pr. 90 fl. 67 kr. mit dem Beifügen, daß die Kanzleirechnungen in Zukunft nur strenge Kanzleiauslagen nachweisen sollen.

14. Ueber Antrag der Schulsection genehmigt der Gemeinderath der evangelischen Schule für das abgelaufene Schuljahr 1870/1 die Subvention mit 100 fl.

15. Ueber Antrag dieser Section genehmigt der Gemeinderath die Rechnung der ersten städtischen Volksschule pro 1870/1 mit 60 fl. Dest. W.

16. Ueber Antrag der Schulsection lehnt der Gemeinderath in der Erwägung, als für den Mädchenunterricht hinreichend gesorgt ist und der erforderliche Baufond mangelt, die Aufforderung des k. k. Landeschulrathes betreffs der Errichtung einer Mädchenschule ab.

17. Ueber Antrag der Schulsection beschließt der Gemeinderath: a) in die Modificirung der Pension des Schullehrers Böhl nicht einzugehen; b) die Schilling'sche Stiftung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen; c) das Verhältniß der Schule zu St. Peter rücksichtlich des Eigenthumes der Gebäude und Concurrenz zu prüfen.

18. Ueber Antrag der Schulsection wird der Turnunterricht in der ersten Volksschule dem Turnlehrer Schäfer unter den vorjährigen Bedingungen übergeben.

19. Die Schulsection referirt durch Dr. Schaffer über die Mängel und ihre Folgen in Betreff des in der Realschule zufolge h. Ministerialerlasses vom 8. October 1871 eingeführten utraquistischen Unterrichtes. Der Referent beleuchtet: daß dieser Unterrichtsmodus die Freizügigkeit der Schüler und die geistige, wissenschaftliche Ausbildung derselben verhindere, die materiellen Interessen der Stadtgemeinde schädige, die persönliche Freiheit der Schüler beschränke und die Stadtgemeinde Laibach veranlasse, nachdem der utraquistische Modus ohne Zustimmung der Gemeinde eingeführt wurde, die Subventionen und Dotationen einzustellen und gegen eine Mehrbelastung der Gemeinde zu protestiren, welcher Ansicht die hiesige Sparkasse die einen namhaften Betrag zum Neubau einer Oberrealschule gewidmet hat, sich zweifelsohne anschließen dürfte.

Ueber Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderath, hohen- und höchstenorts das Ansuchen zu stellen: daß der utraquistische Unterricht in der hiesigen Oberreal-

